

Baldo Blinkert

## **Zivilgesellschaft und sozialer Wandel**

Vortrag auf dem Symposium „Zivilgesellschaft und Globalisierung“ - Freiburg 22.4.2004, Evangelische Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik

---

In meinen Ausführungen werde ich kurz auf das Thema sozialer Wandel eingehen - nur kurz, weil Sie ja wohl alle wissen, wie sich unsere Welt verändert hat. Ich werde dann in einer Gegenüberstellung der Begriffe „bürgerschaftliches Engagement“ und „Zivilgesellschaft“ einen Vorschlag zur begrifflichen Klärung machen. Dabei möchte ich Ihnen darlegen, was die Merkmale einer Zivilgesellschaft sind, wie ein zivilgesellschaftlicher Habitus aussehen könnte, und was die Feinde einer Zivilgesellschaft sind.

### I.

Wenn man die Grundtendenz des sozialen Wandels beschreiben will, wird man sich wahrscheinlich rasch auf die folgende Sequenz einigen können: ein Fortschreiten von der „Klassengesellschaft der 1. Moderne“, zur „Fahrstuhlgesellschaft der 2. Moderne“ und nun zu einer „3. Moderne“, für die wir noch keine richtige Bezeichnung haben, die man aber vielleicht die „paradoxe Moderne“ nennen könnte.

Über die „Fahrstuhlgesellschaft“ der 2. Moderne muss ich nicht viel sagen, denn sie ist uns allen ja noch bestens vertraut. Es ist eine Gesellschaft, in der aufgrund hoher wirtschaftlicher Wachstumsraten Verteilungskonflikte weitgehend vermieden werden konnten, in der der allgemeine Lebensstandard gewaltig gestiegen ist und der Sozialstaat kräftig ausgebaut werden konnte. Dieser „Fahrstuhleffekt“ - also eine Anhebung des Wohlstands- und Wohlfahrtsniveaus bei im Prinzip unveränderter Ungleichheit - ist vielleicht die wichtigste Grundlage für alle weiteren Veränderungen: insbesondere für die Zunahme von Optionen, für das, was von uns Soziologen „Individualisierung“ genannt wurde und nun auch zu einem allgemeinen Thema der gesellschaftlichen Selbstreflexion wurde. Was wir über unsere gegenwärtige Gesellschaft zu wissen glauben, bezieht sich ganz überwiegend auf diese 2. Moderne, auf die „Fahrstuhlgesellschaft“.

Allerdings können wir gegenwärtig bereits Trends beobachten, die in eine ganz andere Richtung weisen. Diese Trends bringen nichts wirklich Neues in die Welt, sie akzentuieren und verschärfen eher Probleme, die bereits in den zentralen Strukturen der 2. Moderne angelegt sind, aber wir wissen noch nicht, wie wir mit diesen Veränderungen umgehen sollen und auch nicht, wie die daraus resultierende Gesellschaft aussehen könnte. Mein Vorschlag ist, hier von einer „paradoxen Moderne“ zu sprechen. Sie ist paradox, weil fast alle Errungenschaften unserer Modernisierung mit Problemen verbunden sind, die unsere Fähigkeit und Phantasie für eine Lösung offenbar überfordern - zumindest im Moment noch. Ich habe darüber bereits in La Paz gesprochen und möchte hier nur mit ein paar Stichworten darauf eingehen:

1. Unsere Produktionsfortschritte und der Wandel von einer „fordistischen“ zu einer „post-fordistischen“ Produktionsweise lassen Massenarbeitslosigkeit entstehen und sind mit einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft verbunden. Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit aus, wie Ralf Dahrendorf schon vor längerer Zeit diagnostiziert hat, und nicht nur die Verteilung des Wohlstands, sondern auch die Verteilung von Arbeit wird immer mehr zu einem zentralen Gerechtigkeitsproblem.
2. Auch die Globalisierung - also der grenzüberschreitende Austausch von Gütern, Kapital, Personen und Ideen - ist für uns alle mit Problemen verbunden. Diese entstehen vor allem dadurch, dass auf die Nationalstaaten ein Druck ausgeübt wird, günstige Bedingungen für Investoren zu schaffen, für das internationale Kapital. Wer bietet die günstigsten Subventionen? Wo gibt es die liberalsten ökologischen Restriktionen und Arbeitsschutzregelungen? Wo sind die Lohnkosten am niedrigsten? Dieser weltweite Druck macht die politischen Staaten zu Konkurrenzstaaten und zwingt sie, ein neoliberales Regime zu dulden, das ganz ähnlich ist, wie das in der Klassengesellschaft des neunzehnten Jahrhunderts. Unter diesem Druck leidet vor allem unser Sozialstaat: in zunehmendem Maße werden die Dienste und Kosten der sozialen Sicherungssysteme reduziert - der Begriff „Sozialabbau“ beschreibt diesen Prozess durchaus zutreffend.
3. Auch „Individualisierung“ ist ein Erfolg der 2. Moderne, aber auch hier müssen wir zwei Seiten sehen. Auf der einen Seite ist diese Emanzipation aus religiösen Fesseln und die abnehmende Bindung an ein Klassen- und Geschlechterschicksal mit einem Zugewinn an Autonomie verbunden. Auf der anderen Seite bedeutet dieser Prozess aber auch das Eindringen des Utilitarismus in den privaten Lebenszusammenhang. Handeln und Entscheiden folgen mehr und mehr ökonomischen Prinzipien - das Modell der Ökonomen, der „homo oeconomicus“ - hat sich durchgesetzt. Auch persönliche Entscheidungen erfolgen zunehmend auf der Grundlage eines Kosten-Nutzenkalküls. Auf diese Weise verringert sich die Integration von Personen in einen sozialen Zusammenhang und soziale Netzwerke werden brüchig.
4. Auch die ständig steigende Lebenserwartung ist ein großer Erfolg der Moderne: immer mehr Menschen können mit einem neuen und relativ langen Lebensabschnitt rechnen, mit einem Ruhestand, den viele über einen Zeitraum von 20 oder mehr Jahren gesund und aktiv erleben können. Aber dieser Fortschritt ist begleitet von einem dramatischen Rückgang der Geburtenziffer, die für eine Selbstreproduktion der Bevölkerung viel zu gering ist. Auf diese Weise müssen wir nicht nur eine „demographische Implosion“ erwarten, sondern auch einen fundamentalen Wandel in der Bevölkerungszusammensetzung nach Altersgruppen. In wenigen Jahren wird die repräsentative demographische Figur der Rentner sein - in vorindustriellen Gesellschaften ist es der Jugendliche, und in den Industriegesellschaften der 1. Moderne ist die repräsentative Figur der Erwachsene im erwerbsfähigen Alter. Diese Entwicklung hat weitreichende Folgen. Wir werden immer weniger Personen haben, die einen Beitrag zum System der sozialen Sicherung leisten: Wer soll die Pensionen und Renten für die Ruheständler bezahlen? Wer wird unser System der medizinischen Versorgung

finanzieren? Wer will und kann noch pflegebedürftige Personen versorgen? Es ist nicht schwer, einen deutlichen Anstieg in der Nachfrage nach sozialen Diensten vorherzusagen, aber man kann auch eine dramatische Verringerung der Möglichkeit erwarten, diese Dienste zu finanzieren.

## II.

In dieser Situation erhofft man sich eine Lösung der Probleme durch eine Zunahme des „bürgerschaftlichen Engagements“: Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht, wenn es immer mehr unfreiwillige Nichterwerbstätige und Ruheständler gibt, wäre das doch eine geeignete Beschäftigung: sich bürgerschaftlich engagieren und damit nicht nur einen Beitrag zur Steigerung des Gemeinwohls zu leisten, sondern auch zur individuellen Sinnstiftung und zur Wiederherstellung von sozialen Netzwerken.

Und wenn wir den Sozialstaat herunterfahren müssen, um Lohnnebenkosten zu reduzieren und weltweit konkurrenzfähig zu bleiben, ist es dann nicht verlockend, soziale Leistungen in den ehrenamtlichen und damit kostenfreien Sektor zu verlagern? „Bürgerschaftliches Engagement“ wird deshalb von staatlicher Seite gefördert und nur selten wird ernsthaft die Frage gestellt, wo die Grenzen liegen.

Ich möchte das nun tun, in dem ich den Vorschlag begründen werde, in politischen Diskursen nicht den Begriff „bürgerschaftliches Engagement“ zu verwenden, sondern den Begriff der „Zivilgesellschaft“ und den entsprechenden Begriff des „zivilgesellschaftlichen Engagements“. Es erscheint mir auch nicht sinnvoll, die Begriffe „bürgerschaftliches“ und „zivilgesellschaftliches Engagement“ als austauschbar zu betrachten, weil sie sich in ihren Bedeutungen grundlegend unterscheiden. Den größten Unterschied sehe ich darin, dass der eine Begriffe neutral und damit beliebig instrumentalisierbar ist und hinter dem anderen ein Programm steht - nämlich die Vorstellung von einer guten Gesellschaft.

Der Begriff „bürgerschaftliches Engagement“ ist neutral und damit auch strategisch beliebig nutzbar. Er bezieht sich auf engagierte Bürger - also auf Bürger, die sich für etwas einsetzen, genauer muss man sagen „für irgendetwas einsetzen“. Was könnte das sein? Für was könnten sich Bürger einsetzen? Die Antwort ist einfach: „für alles“. Bürger sind z.B. engagiert, wenn sie sich für eine Spielstraße in ihrem Wohnquartier einsetzen, um die Lebensqualität und Entwicklungschancen von Kindern zu verbessern - aber sie können sich genauso gut auch für das Gegenteil engagieren: für mehr Parkplätze und die jederzeitige Erreichbarkeit ihrer Wohnung mit dem Fahrzeug. Bürger könnten sich für die soziale Integration von Migranten einsetzen - aber auch für das Gegenteil, indem sie Front machen gegen die Überfremdung in ihrem Wohnquartier. Welches Engagement wohlgefällig ist und welches nicht, hängt einfach von den Konjunkturen der jeweiligen political correctness ab. Und denken Sie auch an unsere Vergangenheit: im dritten Reich war es ein wohlgefälliges, gelobtes und vom damaligen Staat unterstütztes bürgerschaftliches Engagement, z.B. die Hörer ausländischer Sender bei der Polizei zu de-

nunzieren, oder jüdische Geschäfte in organisierter Weise zu boykottieren, oder in ehrenamtlicher Arbeit die in der Hitler-Jugend organisierten Kinder und Jugendlichen auf den Krieg vorzubereiten.

Ich glaube, dass es diese Offenheit und Beliebigkeit ist, die den Begriff „bürgerschaftliches Engagement“ so attraktiv macht und auch einer der Gründe dafür, dass es dafür eine staatliche Förderung gibt. Politisch lässt sich „bürgerschaftliches Engagement“ ja sehr gut nutzen, um den Sozialabbau zu begründen - nach dem Motto „weg mit allen Regulierungen, die ja nur die Initiativkraft von Menschen lähmen.“ Nach dieser Vorstellung müsste Deregulierung dazu führen, dass wir alle uns wieder mehr für das Gemeinwesen engagieren und da das ja etwas Gutes ist, müsste der Sozialstaat nicht nur aus Kostengründen, sondern auch aus moralischen Gründen verschlankt werden.

### III.

Ich komme nun zu dem Begriff der „Zivilgesellschaft“ und damit zu einem Gegenbegriff - zu einem Gegenbegriff insofern, weil „Zivilgesellschaft“ nicht neutral ist, weil dahinter ein Programm steht, die Utopie von einer guten oder geglückten Gesellschaft. „Zivilgesellschaftliches Engagement“ wäre dann auch nicht beliebig, sondern das Engagement von Bürgern, das sich auf die Verwirklichung dieser Idee richtet.

Um Missverständnisse zu vermeiden: ich meine damit nicht die „klassenlose Gesellschaft“ und natürlich auch nicht die auf Gemeinschaften und auf der Vorstellung von einem Wertekonsens beruhende Gesellschaft des Kommunitarismus. Die Idee der „Zivilgesellschaft“ verdanke ich ganz anderen Quellen:

- u.a. den Arbeiten von Norbert Elias über den Zivilisationsprozess,
- der von John Rawls vorgeschlagenen Idee einer Gerechtigkeit als Fairness,
- der Vorstellung von Karl Popper über das, was eine „offene Gesellschaft“ ausmacht und was ihre Feinde sind,
- sowie den Analysen von Richard Sennett, dem wir die Einsicht verdanken, dass Gesellschaften terroristische Züge annehmen, wenn der öffentliche Diskurs erlahmt und sich die Merkmale einer intimen Gesellschaft durchsetzen.

Was also ist eine Zivilgesellschaft? Darauf werde ich nun eine Antwort geben.

1. Eine Zivilgesellschaft ist zunächst einmal eine zivilisierte und zivile Gesellschaft. Was darunter zu verstehen ist und wie eine solche Gesellschaft entsteht, hat Norbert Elias beschrieben. „Zivilisiert“ ist eine Gesellschaft dann, wenn sie durch eine Kultur des friedlichen und gewaltfreien Umgangs mit Konflikten geprägt ist. Das setzt i.a. folgendes voraus: erstens ein stabiles staatliches Gewaltmonopol und zweitens bei den Individuen die Fähigkeit zur Affektmäßigung, zur Selbstkontrolle. Eine Gesellschaft ist also in dem Maße zivilisiert, in dem sie im Inneren gewaltfrei ist, und die soziale Kontrolle in dieser Gesellschaft im Wesentlichen nicht auf Fremd- sondern auf Selbstkontrolle beruht, also über das Gewissen der Individuen erfolgt. Und eine Gesellschaft ist zivil, wenn sie in ihren Außenbeziehungen auf die Anwendung von Gewalt verzichtet und das Militär für die soziale Organisation, z.B. auch für das Prestige der Menschen, keine Bedeutung besitzt.

2. In Zivilgesellschaften ist das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit verwirklicht und die Garantie persönlicher Freiheitsrechte ist verbürgt.
3. Zivilgesellschaften ermöglichen demokratische Partizipation in institutionalisierter, aber auch in spontaner Form. Auf diese Weise ist nicht nur die demokratische Kontrolle des staatlichen Gewaltmonopols sichergestellt, sondern auch die Möglichkeit, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen.
4. Zivilgesellschaften sind in ihrer Organisation dem Prinzip der Gerechtigkeit verpflichtet. Um das zu konkretisieren zitiere ich die beiden von John Rawls formulierten zentralen Prinzipien einer gerechten Gesellschaft:

„1. Jedermann soll gleiches Recht auf das umfangreichste System gleicher Grundfreiheiten haben, das mit dem gleichen System für alle verträglich ist.

2. Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind so zu gestalten, dass (a) vernünftigerweise zu erwarten ist, dass sie zu jedermanns Vorteil dienen und (b) sie mit Positionen und Ämtern verbunden sind, die jedem offenstehen.“ (Rawls, S. 81)

5. Zivilgesellschaften sind „offene Gesellschaften“ i.S. von Karl Popper, also gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Lernbereitschaft und Toleranz gegenüber Andersdenkenden und gegenüber anderen Kulturkreisen. Jede Art von Fundamentalismus ist diesen Gesellschaften fremd - gleichgültig ob es sich um islamischen, christlichen oder neoliberalen Fundamentalismus handelt.

Ich fasse noch einmal zusammen:

Eine Zivilgesellschaft ist eine offene, zivilisierte und zivile Gesellschaft, in der die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit verwirklicht sind und demokratische Teilhabe garantiert ist.

Der Begriff „Zivilgesellschaft“ ist also weder offen, noch neutral. Er lässt sich auch sehr viel weniger instrumentalisieren, weil ein Programm dahinter steht - zwar nicht mit so konkreten Zielvorgaben, dass sich daraus schon ein Parteiprogramm oder eine Regierungserklärung ergeben würde, aber doch ein Rahmen, der bestimmte Zustände und Strukturen ausschließt. Und der konkret genug ist, damit nicht jedes Engagement von Bürgern sich als ein „zivilgesellschaftliches“ bezeichnen lässt.

Andererseits ist dieser Rahmen auch deutlich genug, um engagierte Auftritte von Bürgern benennen zu können, die zwar „zivilgesellschaftlichen Charakter“ haben, aber von staatlicher Seite eher nicht gefördert werden, und die man auch kaum für würdig erachtet in den

Broschüren erwähnt zu werden. Dazu zählen z.B. Friedensmärsche, Informations- und Protestveranstaltungen von Globalisierungskritikern, oder Demonstrationen gegen Rassismus. Es ist sogar so, dass die Teilnehmer solcher zivilgesellschaftlicher Aktivitäten eine hohe Chance haben, in Verfassungsschutzberichten in Erscheinung zu treten.

Nachzulesen ist das z.B. im Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg für das Jahr 2002, wo unter „Links-extremismus“ u.a. aufgezählt werden: „Globalisierungskritik, Diskussion um Kriegshandlungen im Rahmen der Terrorismusbekämpfung und die Rolle, die Deutschland dabei nimmt.“ Es wird in diesem Bericht zwar darauf hingewiesen, dass Proteste gegen Globalisierung und gegen den Krieg in Afghanistan friedlich verlaufen sind, aber die Tatsache muss doch irritieren, dass diese Arten des zivilgesellschaftlichen Engagements überhaupt beobachtet und dokumentiert werden. (GEW, Bildung & Wissenschaft, April 2004, S. 6).

Zivilgesellschaftliches Engagement ist also nicht immer etwas, was von den Regierungen als wohlgefällig betrachtet und gefördert wird. Sogar der zivile Ungehorsam muss unter bestimmten Bedingungen als zivilgesellschaftliches Engagement betrachtet und gewürdigt werden. Das ist dann der Fall, wenn er sich gegen Regeln oder Entscheidungen wendet, die klar gegen die Prinzipien einer Zivilgesellschaft verstoßen. Der Widerstand gegen ein diktatorisches oder rassistisches Regime wäre z.B. ein Fall, in dem die Zuordnung eindeutig ist. Aber es gibt auch weniger eindeutige Fälle, wie z.B. Hausbesetzungen oder die Blockade von Atommülltransporten. Bei diesen Aktionen hängt ihre Zuordnung ganz wesentlich von ihrer Begründung ab, und ob sie selber gemäß den Prinzipien einer Zivilgesellschaft verlaufen, wobei eine wichtige Rolle spielt, ob das Prinzip der Gewaltfreiheit beachtet wird. Ein gutes Beispiel für zivilgesellschaftliches Engagement sind sicher die Protestaktionen der Weinbauern im Kaiserstuhl, die auf diese Weise den Bau eines Atomkraftwerkes in Whyll verhindern konnten. Ich möchte hier noch auf ein anderes Beispiel für zivilen Ungehorsam eingehen, mit dem sich die ganze Ambivalenz dieses Typs von zivilgesellschaftlichem Engagement verdeutlichen lässt. Es handelt sich um den Fall des Polizeivizepräsidenten Daschner. Dieser Polizeibeamte hat toleriert, vielleicht sogar dazu aufgefordert, dass der Entführer eines Kindes durch Gewaltandrohung dazu gebracht wurde, das Versteck des Kindes preiszugeben. Das Kind war allerdings bereits ermordet und konnte auf diese Weise nicht mehr gerettet werden. Nun, das Handeln von Daschner war ein klarer Verstoß gegen Gesetze, sogar gegen das einer Zivilgesellschaft zugrundeliegende Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Dafür muss Daschner bestraft werden, sogar eindeutig und hart bestraft werden, denn ein solcher Verstoß kann auf keinen Fall hingegenommen werden. Und ich könnte mir auch vorstellen, dass Daschner selber - ähnlich wie der Prinz von Homburg - das so sieht und sogar verlangt. Ich meine aber, dass Daschner auch das Bundesverdienstkreuz verdient hätte, denn was er getan hat, diente ja nicht dem eigenen Vorteil im Gegenteil, er dürfte sich seine weitere Karriere damit ziemlich verdorben haben - sondern einzig und allein der Rettung eines Kindes.

Ziviler Ungehorsam setzt immer einen Prozess des Abwägens voraus. In diesem Fall ging es um zwei Güter: das eine war das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und das andere das Leben eines unschuldigen Kindes - und auf der Seite von Daschner ging es um die Bereitschaft, die mit Sicherheit zu erwartende Strafe und die für ihn ganz erheblichen Kosten zu akzeptieren.

#### IV.

Ich komme nun zu einer anderen Frage, die mit dem Begriff der Zivilgesellschaft zusammenhängt: Was für Eigenschaften brauchen Menschen, damit eine Zivilgesellschaft ihre Möglich-

keiten entfalten kann? Was für Merkmale sollte ein „zivilgesellschaftliches Individuum“ besitzen? So könnte man ja einen Menschen nennen, der sich für das Leben in einer Zivilgesellschaft besonders gut eignet. Diese Frage ist nicht unwichtig, weil diese wie auch alle anderen Dispositionen und Fähigkeiten in Lernprozessen entstehen und alle, die Lernprozesse beeinflussen - also z.B. Eltern, Lehrer, Hochschuldozenten - sind nicht nur dafür verantwortlich, dass wir beim nächsten PISA-Test besser abschneiden, sondern auch dafür, dass wir weiterhin eine Zivilgesellschaft bleiben.

Ich halte die folgenden Eigenschaften für ein „zivilgesellschaftliches Individuum“ für besonders wichtig:

1. Ein „ziviler Habitus“: damit meine ich die Ablehnung von jeder Form von Gewalt als Mittel der Konfliktlösung aber auch Affektmäßigung, Selbstdisziplin und Selbstkontrolle
2. Zivilcourage: damit meine ich die *Bereitschaft*, in einer öffentlichen Situation einen eigenen Standpunkt zu vertreten, auch wenn man sicher sein kann, dass es nicht der Standpunkt der Mehrheit ist. Zur Zivilcourage gehört auch die Bereitschaft, sich in Situationen einzumischen, wenn erkennbar ist, dass zivilgesellschaftliche Prinzipien verletzt werden: z.B. wenn ein Ausländer in der Straßenbahn angepöbelt wird.
3. Zivile Kompetenz: damit meine ich die *Fähigkeit*, im öffentlichen Raum mit Entschiedenheit und effektiv aufzutreten.

Diese Dispositionen sind vermittelbar und es wäre wichtig, wenn man sie in unseren Reformkonzepten für Schulen und Hochschulen mit in den Katalog der Basis-Kompetenzen mit hohem Stellenwert aufnehmen würde.

## V.

Was sind nun die Feinde der Zivilgesellschaft? Ich meine damit natürlich nicht mit Namen benennbare Personen, sondern Entwicklungen oder Strukturen. Ich möchte hier auf drei Entwicklungen eingehen, die in der Gegenwart höchstwahrscheinlich zu einer Schwächung zivilgesellschaftlicher Strukturen führen werden:

1. Terrorismus
  2. Sozialabbau und extreme und nicht legitimierbare soziale Ungleichheit und
  3. Anti-Korporatismus und Neo-Liberalismus
1. Terrorismus: Eine große Gefahr für die Zivilgesellschaft ist natürlich der Terrorismus – nicht nur, weil er Angst und Schrecken verbreitet und das für zivile Gesellschaften so charakteristische Empfinden von Sicherheit bedroht. Sondern auch - vielleicht sogar noch mehr - weil der Terrorismus zum Anlass wird, die für uns selbstverständlichen zivilgesellschaftlichen Errungenschaften abzubauen oder einzuschränken: Rechtsstaatlichkeit, persönliche Freiheitsrechte und die Toleranz gegenüber Andersdenkenden und anderen Kulturkreisen.
  2. Sozialabbau: Ein wesentliches Merkmal von Zivilgesellschaften ist ihre Sicherheit:

Zivilgesellschaften sind sichere Gesellschaften. Diese Sicherheit betrifft die persönliche Freiheit, das Eigentum, die Sicherheit von Leib und Leben, aber auch die soziale Sicherheit. Und wir müssen lernen, die Verbindungen, die Wechselwirkungen zwischen diesen Sicherheiten zu sehen. Wenn es um den Abbau des Sozialstaats geht, werden diese Zusammenhänge immer wieder übersehen. Wer dazu eine Nachhilfe braucht, sollte sich in Länder begeben, in denen diese soziale Sicherheit nicht existiert. Er wird überrascht sein, welcher hoher Aufwand in diesen Ländern betrieben werden muss, um die Sicherheit von Leib und Leben und Eigentum zu gewährleisten, welcher hoher Polizei- und Militäraufwand, und welcher enormer privater Aufwand an Überwachung und Selbstschutz. Beispiele dafür sind Großstädte in den Vereinigten Staaten, in Lateinamerika und in Südafrika.

Es ist heute geradezu eine Mode geworden - bei Politikern nahezu aller Parteien - über den Sozialstaat herzuziehen und ihn als Hemmnis für die Entfaltung zivilgesellschaftlicher Strukturen zu identifizieren - gut eingepackt in eine diskreditierende Sprache: man spricht von „Überregulierung“, von einer „Lähmung der Initiative“, von „organisierter Verantwortungslosigkeit“. Diese Sprache verschleiert, dass der Sozialstaat nicht ein Hemmnis ist, sondern eine Voraussetzung für die Zivilgesellschaft.

3. Anti-Korporatismus und Neo-Liberalismus: Eng verbunden mit der Sozialstaatskritik ist ein weiteres beliebtes Thema der postmodernen Polemik: die Kritik am „Rheinischen Kapitalismus“ wobei man sich besonders abfällig über den Korporatismus äußert, der als unzeitgemäß und angesichts der globalen Herausforderungen als ineffizient gebrandmarkt wird. Ich halte das für eine völlig falsche Sichtweise und bin der Meinung, dass die Entwicklung *weltweiter* korporatistischer Strukturen ein Schritt in die richtige Richtung wäre.

Mit Korporatismus bezeichnet man einen organisierten Sektor der Gesellschaft, der eine Art Zwischen- und Vermittlungsstufe darstellt zwischen den Individuen bzw. Familien auf der einen Seite und der Ebene von Politik und Markt auf der anderen.

Dieser Korporatismus war in Zentraleuropa immer eine lebendige Kraft und die neuere Wirtschafts- und Sozialgeschichte (vgl. u.a. Werner Abelshäuser) konnte auch zeigen, dass der korporatistisch organisierte Kapitalismus eine durchaus funktionsfähige Alternative zu dem amerikanischen Modell des liberalen Marktkapitalismus war und in seiner bisherigen Geschichte auf Herausforderungen recht gut und effizient reagieren konnte.

Wir sind heute viel zu schnell bereit, den Korporatismus zu verdammen. Dabei übersehen wir, dass korporatistische Strukturen einen hohen zivilgesellschaftlichen Wert haben. Korporationen also Verbände wie die Gewerkschaften, die Kirchen, die Arbeitgeberverbände, aber auch Wohlfahrts- und Naturschutzverbände - haben eine Pufferwirkung. Sie operieren auf einer Zwischenebene ohne die Individuen und Familien direkt mit Staat und Markt konfrontiert und machtlos wären. Diese korporatistische Struktur ist mitunter behäbig und verhindert eine schnelle Anpassung an neue Bedingungen, aber das ist nicht immer ein



Nachteil, sondern garantiert vielmehr ein gewisses Maß an Entschleunigung, verschafft Atempausen und verhindert Übersteuerung.

Zu welchen fatalen Folgen Übersteuerung aufgrund einer zu großen Geschwindigkeit führen kann, zeigen die Finanzmärkte, wo durch den Einsatz von Informationstechnik und wissensbasierten Expertensystemen blitzschnell und weltweit konzertierte Aktionen gegen eine Währung, Branche oder Firma unternommen werden und diese in den Abgrund reißen oder als Spekulationsblase in die Höhe treiben.

Eine entschleunigende und damit auch zivilisierende Wirkung würde man sich heute auch auf dem Gebiet der Gen- und Biotechnik, sowie gegenüber der Diskussion um lebensverlängernde und lebensverkürzende Maßnahmen wünschen und wir sollten froh sein, dass die Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen dieser Innovationen in einer Gesellschaft stattfindet, die ihre korporatistische Struktur noch nicht gänzlich verloren hat.

Den an Beschleunigung und Deregulierung interessierten Vertretern der neoliberalen Bewegung ist der Korporatismus natürlich unbequem, so unbequem, wie ihnen im Grunde auch die Idee einer Zivilgesellschaft ist. Denn die Idee der Zivilgesellschaft impliziert auch Grenzen für eine schrankenlose Ausweitung des Marktes und der Warenfiktion:

- Menschliche Arbeit ist nicht nur eine Ware, die auf dem Arbeitsmarkt gehandelt wird, sondern auch und zwar in erster Linie menschliches Leben.
- Der Boden ist nicht nur eine Ware, mit der sich auf dem Immobilienmarkt handeln und spekulieren lässt, sondern auch und wiederum in erster Linie: unsere natürliche Lebensgrundlage.
- Die in der Evolution entstandenen genetischen Strukturen sind keine Waren, die man der Verfügungsmacht pharmazeutischer Konzerne überlassen darf.
- Unsere Städte sind nicht räumliche Einheiten, die für ein effizientes Stadtmarketing herzurichten sind, sondern Orte des urbanen und zivilen Lebens.

Die Idee der Zivilgesellschaft ist nicht mit der Vorstellung vereinbar, dass alles das - Arbeit, Boden, unser genetisches Erbe, unsere Städte - nichts anderes als Waren sind. Für solche Grenzziehungen, für die Beschränkung des Marktes und seiner Fiktionen haben sich in unserem Kulturkreis immer Korporationen eingesetzt - in der mittelalterlichen Stadtgesellschaft waren es die Zünfte und Gilden. Heute sind es die Gewerkschaften, die Kirchen, die Wohlfahrts- und Naturschutzverbände und neue Organisationen, die auf die Herausforderung der Globalisierung eine zivilisierende Antwort suchen. Diese Korporationen sind auch Orte zivilgesellschaftlichen Engagements. Sie sind gewiss manchmal schwerfällig und unbeweglich. Aber ich kann nur vor einer Gesellschaft warnen, in der die gestaltenden Prozesse allein einer minimalistischen Politik und einem alles beherrschenden Markt überlassen werden. In einer solchen Gesellschaft wird es den Individuen kaum gelingen, Gegengewichte zu schaffen - und ganz sicher ist es illusorisch zu glauben, dass dies durch die Verbreitung des sogenannten „neuen Ehrenamtes“ gelingen könnte, also durch die Mitgliedschaft in zeitlich und lokal begrenzten und flexibel organisierten Initiativen.

## VI.

Um meine Ausführungen zu konkretisieren, möchte ich zum Schluss Beispiele für Gesellschaften nennen, die keine Zivilgesellschaften sind oder bestenfalls an der Grenze zur Zivilgesellschaft. Solche Beispiele lassen sich leicht finden - und in einigen von ihnen hat das „bürgerschaftliche Engagement“ sogar eine ziemlich große Bedeutung.

- Keine Zivilgesellschaft war z.B. die mittelalterliche Kriegergesellschaft in Westeuropa, deren fehlende staatliche Verfasstheit der Grund für die Allgegenwärtigkeit von Gewalt und für die Unsicherheit des Lebens war.
- Aber auch die deutsche Gesellschaft im Kaiserreich des ausgehenden 19. Jahrhundert war keine Zivilgesellschaft, weil die bürgerlichen Eliten den Habitus einer Kriegerkaste übernommen haben und das Besitz- und Bildungsbürgertum zusammen mit der grundbesitzenden Aristokratie die diese Gesellschaft prägende Kaste der „Satisfaktionsfähigen“ gebildet haben. Und wer etwas zählen wollte, musste mindestens Reserveleutnant sein.
- Natürlich war auch das Dritte Reich keine Zivilgesellschaft, obgleich das bürgerschaftliche Engagement in dieser Zeit ganz beachtlich war - die Zahl der in einem staatstreuen Sinne engagierten Bürger war ja bekanntermaßen überaus hoch.
- Die derzeitige US-Gesellschaft wäre eher an der Grenze zu einer Zivilgesellschaft einzustufen - an der Grenze deswegen, weil der militärisch-industrielle Komplex eine immer wichtigere Rolle einnimmt, aber auch wegen der zunehmenden Ausbreitung eines die Politik prägenden christlichen Fundamentalismus - mit allen bekannten Begleiterscheinungen, wie Fanatismus und Intoleranz gegenüber fremden Kulturen. Auch hier lässt sich beobachten, dass zivilgesellschaftliche Momente zurückgedrängt werden, obwohl es in beachtlichem Maße bürgerschaftliches Engagement gibt.
- Eher an der Grenze zu einer Zivilgesellschaft wären auch verschiedene lateinamerikanische und afrikanische Länder zu verorten. In Chile und Südafrika z.B. ist das Ausmaß der sozialen Ungleichheit so groß, dass der öffentliche Raum zu einem Angstraum wird, die besitzenden Mittelklassen sich durch private Sicherheitskräfte zu schützen versuchen und sich in gated communities zurückziehen. Eine ähnliche Ökologie der Angst lässt sich auch in amerikanischen Großstädten beobachten.

Diese Beispiele zeigen im Übrigen, wie wichtig sozialstaatliche Strukturen und eine auf sozialen Ausgleich ausgerichtete Politik für eine Zivilgesellschaft sind. In Ländern, die nicht darüber verfügen, muss kontinuierlich ein hoher polizeilicher und militärischer Aufwand zur inneren Pazifizierung betrieben werden, der anteilmäßig durchaus in der Größenordnung unserer Sozialausgaben liegen dürfte. Zivilgesellschaftliche Strukturen sind also kein Ersatz für den Sozialstaat und der politische Verzicht auf sozialstaatliche Momente, auch der Sozialabbau, tragen eher zu einem Rückgang zivilgesellschaftlicher Qualitäten bei. Sicherheit im öffentlichen Raum und ein hohes Maß an Gewaltfreiheit - also wesentliche Qualitäten einer Zivilgesellschaft sind untrennbar verbunden mit sozialer Sicherheit.